

Tamina Veit,
Unsere Direktkandidatin im Wahlkreis Lahn-Dill



DIE LINKE.



Standort: Kreisstraße 88 in 35583 Wetzlar

jeden zweiten Freitag
im Monat von,
19.30 Uhr bis ca. 22.00 Uhr
in unserem Büro (s.oben)
Mitgliederversammlung

jeden dritten Freitag
im Monat von,
19.30 Uhr bis ca. 22.00 Uhr
in unserem Büro (s.oben)
Kreisvorstandssitzung

bis zur Wahl jeden Samstag
10.30 Uhr bis ca. 14.00 Uhr
Bahnhofstr. in Wetzlar
Infostand der Linken

Freitags (08., 15. und 22.09)
10.30 Uhr bis ca. 14.00 Uhr
Am Bärenbrunnen in Herborn
Infostand der Linken

Gesundheit darf nicht vom Geld- beutel der Leute abhängig sein!



Gesundheit ist für mich ein großer WERT

Nicht nur dass DIE LINKE und ICH für eine solidarische Gesundheitsversorgung eintreten, wir wollen auch die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin.

Ein Beispiel aus der Praxis

Stellen sie sich nur einmal vor das sie mit einem Beinbruch in eine Praxis müssen die im zweiten oder dritten Stockwerk liegt, das eine Mutter mit dem Kinderwagen zu einem Arzt muss dessen Praxis nicht erreichbar ist weil kein Aufzug vorhanden ist oder die Praxis ebenerdig ist. Das finde ich und DIE LINKE falsch und... Wir wollen dies ändern!

Wenn Sie unsere Meinung teilen:
Dann wählen Sie per Briefwahl, oder am:
Sonntag, dem 24. September 2017

Es ist nie zu spät!

DIE LINKE.

Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Lahn-Dill
c/o Horst Knies
Kreisstraße 88
35583 Wetzlar
kreisverband@die-linke-ldk.de
www.die-linke-ldk.de

Layout: Brumm-Design
Bild: Fotostudio Schad
Druck: Druckerei Martin
35641 Schöffengrund

DIE LINKE.

Gesundheit ist keine Ware

Die öffentlichen Eigentumsverhältnisse und Strukturen des Gesundheitswesens sind als Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu organisieren.

Arzneimittelpreise sind gesetzlich zu kontrollieren. Die demokratische Mitbestimmung der Versicherten, der unabhängigen Patientenvertretungen und der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist entsprechend gesetzlich zu regeln.

Im Gesundheitswesen erzielte wirtschaftliche Überschüsse sind zum Wohle der Versicherten und Beschäftigten einzusetzen. Zweckentfremdungen wie Spekulationsgeschäfte mit Versichertenbeiträgen sind zu verbieten. Dienste der stationären und ambulanten medizinischen Versorgung, der Rehabilitation und der Pflege sind als integrierte Versorgung sektorenübergreifend zu organisieren.

Wir wollen poliklinische Strukturen, die Einrichtung ambulanter Behandlungszentren mit angestellten Fachärzten verschiedener Fachrichtungen fördern, um einen vernünftigen Umgang mit Ressourcen statt Leistungskürzungen zu garantieren.

Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention müssen als eigenständige Säule der Demokratisierung der Gesellschaft entwickelt und in einem Präventionsgesetz verankert werden.

Wie SPD, Grüne CDU/CSU und FDP das Gesundheitssystem von 2003 bis heute geschwächt haben:

2003: Fallpauschalengesetz

SPD und Grüne führen für Kliniken und Krankenhäuser Fallpauschalen ein. Damit wird nicht mehr der Bedarf des Krankenhauses finanziert, sondern es werden feste Preise für Diagnosen geschaffen. Damit ist die, den medizinischen Bedarf deckende, Finanzierung der Krankenhäuser nicht mehr gewährleistet.

2004: GKV Modernisierungsgesetz

Die Regierung aus SPD und Grünen, mit Zustimmung von CDU/CSU, erhöht die Zuzahlungen drastisch und führt die Praxisgebühr ein.

Auf Versorgungsbezüge müssen volle Beiträge gezahlt werden. Leistungen wie zum Beispiel Brillen, rezeptfreie Arzneimittel oder Sterbegeld und Entbindungsgeld werden ersatzlos gestrichen. Auf dieses Gesetz geht auch der Sonderbeitrag zurück der 2005 eingeführt wurde. Seitdem zahlen Versicherte einen 0,9 Prozentpunkte höheren Beitragssatz als Arbeitgeber.

2007: GKV Wettbewerbsstärkungsgesetz

SPD und CDU/CSU führen den Zusatzbeitrag ein. Er beträgt entweder pauschal acht Euro oder bis zu ein Prozent des Einkommens zusätzlich zum Sonderbeitrag. Die Krankenkassen werden mehr und mehr zu Unternehmen und können nun auch pleite gehen. Eingeführt werden zudem die Basistarife in der privaten Krankenversicherung und die Versicherungspflicht für alle.

2011: GKV Finanzierungsgesetz

Die Regierung aus CDU/CSU und FDP beschließt die ungleiche Belastung der Arbeitgeber und Versicherten. Der Arbeitgeberanteil wird gesetzlich festgesetzt und alle Kostensteigerungen tragen zukünftig die Versicherten alleine.

2013: Beitragsschuldengesetz

Auf Betreiben der privaten Versicherungen führen CDU/CSU und FDP zu Anfang 2014 einen Notlagentarif ein für alle diejenigen, die den Beitrag nicht mehr zahlen können. Dieser Tarif kostet zwar nur 100,00 Euro, bietet aber nur minimale Leistungen.

2015: GKV Finanzierungsstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz

SPD und CDU/CSU fassen Sonderbeitrag und Zusatzbeitrag zum neuen Zusatzbeitrag zusammen. Erneut wird der Arbeitgeberbeitrag gesetzlich festgeschrieben. Zusatzbeiträge hängen vom Einkommen ab, sind aber nicht mehr auf zwei Prozent begrenzt. Die Belastung der Versicherten kann unbegrenzt steigen, die Arbeitgeber sind fein raus.

Die Linke kämpft für ein demokratisches Gesundheitswesen, das auf der solidarischen Bürgerversicherung als allgemeiner Kranken-, Pflegeversicherung und einer öffentlichen Gesundheitsversorgung basiert. In eine solidarische Bürgerversicherung zahlen alle Menschen entsprechend ihrer Erwerbs-, Kapital- und anderen Einkommen ein.

Die solidarische Bürgerversicherung hebt die Trennung von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung auf und basiert auf Wiederherstellung der Parität und der Abschaffung von Zuzahlungen.

Unter Gesundheit verstehen wir, wie die Weltgesundheitsorganisation WHO, den Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht bloß die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen.

Die Leistungen des Gesundheitswesens müssen uneingeschränkt der bedarfsgerechten, flächendeckenden, Wohnort- und zeitnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und Aufenthaltsrechtlichen Situation zur Verfügung stehen.

**Nicht länger
warten!
Zwei-Klassen-
Medizin
abschaffen.**

DIE LINKE.

www.100-Prozent-sozial.de